

1848 konstituierte sich in der Frankfurter Paulskirche die Nationalversammlung.

PARISER MODE

Die Anreise des Leipziger Schriftstellers Heinrich Laube, 41, zur Paulskirche in Frankfurt am Main war beschwerlich. Nur bis nach Eisenach ging es mit der Bahn, dann musste der Theaterkritiker in eine Postkutsche umsteigen, um die Krönungsstadt deutscher Kaiser zu erreichen.

Es war Ende März 1848, Laube beobachtete, wie 574 Politiker am 31. März feierlich als sogenanntes Vorparlament in die Kirche einzogen, um die Wahlen zu einer konstituierenden Deutschen Nationalversammlung vorzubereiten.

Laube, der später selbst Abgeordneter wurde, hatte selbst Grund genug, sich zu engagieren. Mehrfach war er mit der Obrigkeit aneinandergeraten und 1834, auf Druck der preussischen Regierung, wegen seiner regierungs- und gesellschaftskritischen Schriften aus Leipzig ausgewiesen worden. Die Stadt durfte er nicht mehr betreten. Mehrfach kam er in Haft. Doch nun begehrte Laube auf, wie so viele Intellektuelle jener Zeit, gegen die Könige und Fürsten, die das Land beherrschten. Der Funke war von der neuen Revolution in Frankreich nach Deutschland übersprungen. In Paris hatten die Bürger im Februar für eine Reform des Wahlrechts demonstriert und König Louis Philippe vom Thron gejagt.

In ihren Heimatstaaten wurden die Politiker für damalige Gebräuche recht demokratisch gewählt, allerdings mussten sie selbständig sein, Tagelöhner und Dienstboten etwa waren in Österreich, Württemberg und Kurhessen vom Wahlrecht ausgeschlossen.

Die Abgeordneten hatten viel vor: Aus dem in 39 kleinere und größere Staaten sowie einige freie Städte zersplitterten Land sollte, erstmals in der Geschichte, ein

deutscher Nationalstaat geschaffen werden – ein wahrhaft demokratischer zudem, dessen neue Verfassung etwa Bürgerrechte und die Pressefreiheit garantieren sollte.

Für das Heer der Abgeordneten – allesamt Männer, weil Frauen in Deutschland erst 71 Jahre später wählen und gewählt werden durften – war der geschichtsträchtige Kaisersaal des Römers zu klein. Die Paulskirche, die über den größten und imposantesten Saal der Stadt verfügte, bot sich an. Doch sie musste, um die Trennung von Staat und Kirche symbolisieren zu können, verweltlicht werden: Der Altar wurde während der Beratungen mit einem Vorhang verdeckt, ein Kolossalgemälde der Germania verhüllte die Orgel. Der Maler Philipp Veit hatte es gerade rechtzeitig zu den Tagungen vollendet, die deutsche Dame trug außer der deutschen Fahne auch ein Schwert, um das sich zum Zeichen ihrer Friedensliebe ein Ölzweig rankte.



HEINRICH LAUBE
Mehrfach war der Schriftsteller und Journalist in Preußen wegen regimiekritischer Äußerungen inhaftiert worden, bevor er Abgeordneter der Frankfurter Nationalversammlung wurde.

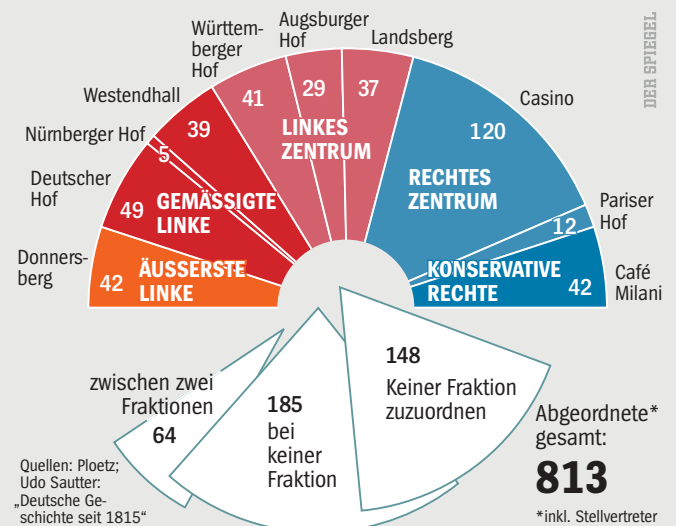
Als die Politiker in Frankfurt eintrafen, genossen sie den jubelnden Empfang der Bürger, die ihre Stadt in ein Meer von schwarz-rot-goldenen Fahnen und Girlanden verwandelt hatten. „Der Ort wimmelte, die Straßen summten von unternehmender Jugend, von kräftigen Menschen, welche handeln wollten“, erinnerte sich später der Leipziger Schriftsteller Laube.

Als die Abgeordneten in die Paulskirche einzogen, donnerten Kanonen und ertönten die Kirchenglocken. Erleichtert waren die Parlamentarier darüber, dass sie Sitzplätze fanden, obwohl es zunächst noch keine Fraktionen gab. Und wieder wurde der Nachbar im Westen zum Vorbild. Geschwungene Tischbeine und weiche Filzhüte aus Frankreich waren in deutschen Landen gerade zum modischen Vorbild avanciert, nun kopierten die Deutschen die Sitzordnung des Pariser Parlaments: Links die Demokraten, unter ihnen viele freischaffende Intellektuelle, in der Mitte die von Beamten, Anwälten, Professoren und Kaufleuten dominierten Liberalen, rechts die treuen Monarchisten.

Behelfsweise identifizierten sich die Abgeordneten mit den Namen der Gaststätten, in denen sie logierten. Die revolutionären Linken hießen „die Donnersberger“, weil sie im Gasthaus „Donnersberg“ tagten, die gemäßigten Linken waren ins frühere Lokal „Zum König von Preußen“ eingezogen, der, wie Zeitzeugen notierten, „unter großem Hallo der Menge“ schnell noch in „Zum Deutschen Hofe“ umgetauft worden war. Das Linke Zentrum verteilte sich, wie die Rechten, auf drei Gasthäuser (siehe Grafik).

Anders als der Name suggeriert, vertrat die erste frei gewählte gesamtdeutsche Volksvertretung nicht wirklich das Volk. Viele Abgeordnete hatten Jura studiert, und über die Hälfte arbeitete im Staatsdienst. Bauern fehlten fast völlig, Arbeiter ganz. Immerhin: Dichter und Denker redeten mit, allen voran der Poet Ludwig Uhland, der Historiker Johann Gustav Droysen und der Märchensammler und Germanist Jacob Grimm.

„Fraktionen“ im Paulskirchen-Parlament 1848/49





Für die Politiker war aller Anfang schwer. Es gab keine Geschäftsordnung, keine Parlamentsverwaltung, keine Assistenten und keine Redezeitbegrenzung. An Diäten erhielten sie drei bis vier Taler pro Tag aus der Kasse der Heimatstaaten – recht viel, denn Professoren verdienten damals rund zwei Taler täglich.

Doch die Selbstfindung der deutschen Nation schien voranzuschreiten. Die Debatten deuteten den Übergang von der alten Welt der ständischen und polizeistaatlichen Ordnung zu einer modernen Zivilgesellschaft an, sie kreisten um einen Katalog von Grundrechten und eine zunächst provisorische Zentralgewalt für den neuen Staat.

Einige Beschlüsse waren revolutionär. Am 28. Juni 1848 schaffte die Nationalversammlung den Bundestag, die Vertretung der Einzelstaaten im Deutschen Bund, ab und nahm das Gesetz über die Einführung einer provisorischen Zentralgewalt an. Der Katalog der Grundrechte, die in der Verfassung festgeschrieben werden sollten, war für damalige Zeiten spektakulär. Die Gleichheit vor dem Gesetz zählte dazu wie auch die Öffentlichkeit von Gerichtsverhandlungen, der Schutz vor willkürlicher Verhaftung, sowie der kostenlose Besuch von Volksschulen, das Briefgeheimnis, die Zivilehe und das Recht der freien Meinungsäußerung. Und: Am 20. Dezember wurde „der Adel als Stand aufgehoben“.

Die Utopie einer liberalen, säkularen Gesellschaft schien in greifbare Nähe zu rücken – ob mit Österreich in der „groß-deutschen“ Lösung oder ohne die Donaumonarchie in der „kleindeutschen“. Manche Debattenbeiträge aber ließen Düsteres ahnen, manchmal schienen sich die Politiker in übelstem Nationalismus überbieten zu wollen.

„Ein Krieg mit Russland ist Lebensbedingung“, tonte der Linke Robert Blum vom Rednerpult der Paulskirche, der Berliner Abgeordnete Wilhelm Jordan wollte Südosteuropa so germanisiert wissen, „dass einst die deutsche Küste bespült wer-

PAULSKIRCHE

Unter dem Geläut der Kirchenglocken zogen die Abgeordneten am 18. Mai 1848 in die Frankfurter Paulskirche ein. Nicht selten kam in den Debatten auf der Linken wie auf der Rechten übelster Nationalismus zum Vorschein.

de von den Wogen des Schwarzen Meeres“. Und Ernst Moritz Arndt, dessen Lied „Des Deutschen Vaterland“ zur Hymne der 1848er wurde, träumte von einer „Weltherrschaft über die Meere“.

Kein Wunder, dass sich die national Gesinnten der Linken wie der Rechten daran störten, dass Preußens König Friedrich Wilhelm IV. den begonnenen Krieg gegen Dänemark nicht fortsetzen wollte, obwohl die Nationalversammlung die „Heimholung“ Schleswigs zur Reichssache erklärt hatte. Den Waffenstillstand von Malmö am

26. August 1848 empfanden sie als Schmach, doch nach heftigen Debatten musste die Nationalversammlung, die ein Mitscheidungsrecht für die Außenpolitik beanspruchte, ihre Ohnmacht einräumen.

Krise um Krise folgte. Am 18. September schlug das Militär in Frankfurt einen Aufstand nieder, während dessen Revolutionäre die Paulskirche hatten stürmen wollen, mehr als 80 Menschen kamen ums Leben. Die Gegner der Demokratie am österreichischen und preußischen Hof ließen im Oktober einen Aufstand in Wien blutig niederschlagen und im November Truppen in Berlin einmarschieren, das Scheitern der Nationalversammlung deutete sich an.

Am 28. März 1849 wählte die Nationalversammlung den preußischen König Friedrich Wilhelm IV. zum „Kaiser der Deutschen“, doch der lehnte die Krone später ab. Nun war das Ende der Paulskirchenversammlung nah. Österreich zog seine Volksvertreter am 5. April ab, am 14. Mai erklärte Preußen das Mandat seiner Abgeordneten für erloschen. Ein Rumpfparlament zog sich nach Stuttgart zurück, es wurde am 18. Juni gewaltsam aufgelöst.

Wirkungslos blieb die Arbeit in der Paulskirche indes nicht. Die „Grundrechte des deutschen Volkes“, am 20. Dezember 1848 verabschiedet, wurden Vorbild für die Weimarer Verfassung von 1919 und das Bonner Grundgesetz von 1949.

CARSTEN HOLM